

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Arbeiterstimme sind in allen Provinzen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Druckerei monatlich (in Form 2 R.M.) (Halbmonatlich 1 R.M.) durch die Post bezogen monatlich 2 R.M. (ohne
Lieferungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Geschäftsstelle u. Expedition:
Postfach 17 259 / Postfach 17 259, Dresden-N. 15600, Dresdner Verlagsgesellschaft
GmbH, Dresden-N. / Überbahnhofstr. 7 / Fernr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschalt. Arbeiter-
stimme Dresden - Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Einzelnummern: Die neuzeitig gebundene Monatshefte oder deren Raum 0,30 R.M. für Familien-
ausgaben 0,20 R.M. für die Restmonatshefte an den dreifachen Teil einer Zeitung 1,50 R.M.
Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Überbahnhof-
straße 7 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Preise besteht kein Anspruch auf Rerückgabe der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Freitag, den 7. Oktober 1927 Nummer 235

Zum Herbstaufgebot

An die Partei! Genossen, Genossinnen!

Der Aufmarsch der reaktionären Kräfte anlässlich des 80. Geburtstages des kaiserlichen Generalfeldmarschalls und republikanischen Reichspräsidenten Hindenburg war ein sichtbarer Ausdruck der planmäßigen Mobilisierung des Bürgerblocks zur verächtlichen wirtschaftlichen und politischen Offensive gegen die Arbeiterklasse, zur Vorbereitung der kommenden Wahlen und der aktiven Teilnahme Deutschlands an einem neuen imperialistischen Kriege. Gleichzeitig zeigte sich am 2. und 3. Oktober erneut, daß die sozialdemokratischen Führer nicht denn je durch Unterwerfung jedes wirklichen Kampfes gegen den Bürgerblock bereit sind, die „nationale Front“ der Kapitalisten zu verstärken und die Geschäfte der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, der größten Feinde der deutschen Arbeiterklasse, zu belagern. Um so notwendiger ist es, die Arbeit der Partei zur Mobilisierung der werktätigen Massen gegen den Hindenburg-Kurs zu verstärken. Nur die Kommunisten haben bisher einen entscheidenden Kampf gegen die arbeitserfreundliche Politik des Bürgerblocks, gegen den imperialistisch-monarchistischen Kummel der reaktionären Bourgeoisie geführt. Dieser Kampf kann aber nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn es der Partei gelingt, die breiten Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die aktive Kampffront gegen den Bürgerblock einzuführen.

Die zu Hindenburgs Geburtstag angekündigte Amnestie ist ein Hohn auf die Amnestieforderung der Arbeiterklasse. Die meisten Opfer der niederrheinischen Klassenjustiz schmachten nach wie vor in den Gefängnissen und Nachthäusern der Republik. Die Bourgeoisie jähret nach neuen Opfern. Niedmer, der oberste Klassenrichter, ist bereit, mit der Durchführung des Zentralprojektes der Forderung der reaktionären Bourgeoisie voll auf Rechnung zu tragen. Die Antwort der Arbeiterklasse auf die Hindenburg-Amnestie und auf die Ankündigung Niedmers, den Prozeß gegen die Zentrale der KPD mit allen Gewaltmitteln zu erzwingen, muß ein verstärkter Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen sein. Aufgabe aller Genossen ist es, durch erhöhte Aktivität, durch Stärkung

und Stärkung der Partei allen Verfolgungen und Unterdrückungsmaßnahmen die Stirn zu bieten und der deutschen Bourgeoisie zu beweisen, daß die Partei nicht nachlassen wird in ihrem Kampfe gegen die Klassenjustiz für die Freilassung der politischen Gefangenen!

Ein neue Welle von Wirtschaftskämpfen geht über ganz Deutschland. Die Unternehmer gehen mit Unterstützung der staatlichen Schlichtungsinstitutionen zur Generalkonferenz gegen die Arbeiterklasse vor und versuchen, eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit, bei verschärfter Ausbeutung zu erlangen. Mieterhöhungen und Preissteigerungen für die Reallohn. Alle Versuche der Arbeiter, sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage zu wehren, werden mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstitutionen und des reformistischen Betrugs unterdrückt. Die Gewerkschaftsbureaus unterwirft sich Kampfes dem Prinzip des Unternehmertums, fördert bewußt die arbeitserfreundlichen Schiedsrichtern des kapitalistischen Staates und unterdrückt damit die Macht und Bedeutung der Gewerkschaften im Klassenkampf. Unsere Partei muß innerhalb der Gewerkschaften den härtesten Kampf gegen die wirtschaftsdemokratische, bürokratische Gewerkschaftspolitik der Gewerkschaftsführer führen und kein Mittel unversucht lassen, Kämpfe für die Erhöhung der Löhne und für die Verkürzung der Arbeitszeit zu organisieren und zu führen. Es ist Pflicht eines jeden Kommunisten, in diesen Kämpfen an der Spitze der Arbeiterklasse zu marschieren.

In derselben Zeit, in der die deutsche Bourgeoisie auf der ganzen Linie zum Kampf gegen die Arbeiterklasse rückt, wo die imperialistischen Kriegstreiber gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt, die Sowjetunion, immer härtere Formen annehmen, rufen die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands zur Feler des zehnjährigen Bestehens der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Diese 10 Jahre sind angefüllt mit dem heldenmütigsten Kampfe gegen die Feinde der proletarischen Diktatur in- und außerhalb der Grenzen der Sowjetunion. Nach dem reichlich geführten Bürgerkrieg gegen die zaristischen, bürokratischen und kleinbürgerlichen Volksgarden hat die Sowjetunion alle Kräfte auf den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft erfolgreich konzentriert. Die imperialistischen Großmächte, an ihrer Spitze die konservative englische Regierung, wollen diesen Prozeß des wirtschaftlichen Aufbaus durchkreuzen durch einen neuen Interventionskrieg, dessen Vorbereitung

der Hauptinhalt der letzten Räterebellion und aller dort abgeschlossenen offenen und geheimen Verträge bilden. Es ist die Pflicht des revolutionären Proletariats der ganzen Welt, die Lebensaufgabe der Avantgarde der proletarischen Revolution, der Kommunistischen Parteien, diese Interventionsabläufe zu durchkreuzen und Sowjetrußland Schulter an Schulter mit den russischen Arbeitern und Bauern gegen jeden imperialistischen Angriff zu verteidigen.

Um all diese gewaltigen Aufgaben erfüllen zu können, muß die Partei ihre eigenen Reihen verstärken, den Einfluß der kommunistischen Presse in der Arbeiterklasse vergrößern, die Genossen zu aktiverer Mitarbeit heranziehen.

Das vom Zentralkomitee beschlossene Herbstaufgebot verpflichtet jeden Parteigenossen und jede Parteigenossin, der Partei neue Mitglieder aus den Reihen der Sympathisierenden zuzuführen, für die Parteipresse neue Leser zu gewinnen. In allen Bezirken, in allen Ortsgruppen und Zellen muß die Mobilisierung der werktätigen Massen für den Kampf gegen den Bürgerblock und Hindenburg-Kurs verbunden werden mit einer breiten Werbekampagne für die Partei und unsere Presse.

Jede Betriebszelle, jede Straßenzelle muß sich die Aufgabe stellen, ihren Mitgliedsbestand durch Gewinnung neuer Genossen zu verdoppeln; jede Ortsgruppe muß sich ein bestimmtes, zu erreichendes Ziel für das Aufgebot für Partei und Presse stellen. Unsere Reaktionen in den Gewerkschaften, Genossenschaften und Massenorganisationen, insbesondere in KPD, KPD und KPD Hilfe, müssen die besten Proletarier in diesen Organisationen für den Kommunismus gewinnen.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!
Allen Verfolgungs- und Terrormaßnahmen gegen die Partei zum Trotz:

Stählt den Kampfeswillen in unseren Organisationen und in der Gesamtarbeiterklasse, verleiht die Kampfkraft, werbt unter der breiten Masse der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Werktätigen in Stadt und Land neue Kämpfer für die Partei, für die siegreiche proletarische Revolution!

Zentralkomitee der KPD
(Sektion der Kommunistischen Internationale).

Sozialdemokratische Uebertritte zur KPD

Ein Unterbezirk der Sozialdemokratischen Partei im Freistaat Danzig zur KPD übergetreten

Die sozialdemokratische Presse berichtet in großer Aufmachung vom Uebertritt von 4 Stadtbezirken in Danzig zur KPD. Sie berichtet nicht vom Uebertritt eines ganzen Unterbezirks der SPD im Freistaat Danzig zur KPD.

Unter Führung des Kreisstagsabgeordneten Pienikowski sind im Kreise Pissau des Freistaates Danzig vor einiger Zeit 7 Ortsgruppen der SPD mit über 220 Mitgliedern zur kommunistischen Partei übergetreten. Der Uebertritt erfolgte in einem Gebiete, das bis zur letzten Kreisstagswahl als Hochburg der SPD bezeichnet werden konnte. Damals gelang es dem Genossen Pienikowski, der durch keine konsequente Vertretung der Arbeiterinteressen das Vertrauen großer Teile der dortigen Bevölkerung genies, die Stimmzahl für die SPD, unter deren Flagge er kämpfte, wesentlich zu steigern. Das Verhalten der SPD-Führerschaft in allen grundsätzlichen — und für die proletarische Klasse entscheidenden Fragen veranlaßte ihn, nachdem er sich überzeugt hatte, daß die Auswirkungen der Politik der SPD eine ungeheure Schädigung der Interessen der Arbeiter bedeutete, zur kommunistischen Partei, als der einzigen Klassenpartei des Proletariats, überzutreten und die hinter ihm stehenden Ortsgruppen der SPD aufzufordern, ihm auf diesem Wege zu folgen.

Genosse Pienikowski hat sich verblüffenderweise den wichtigsten Satz der sozialdemokratischen Führerklaque zu bezogen. Mit allen Mitteln führen diese Leute den Kampf gegen ihn. Die geringste Beschuldigung gegen ihn ist, er sei für 20 000 Rubel von den Russen gekauft worden.

Für die Entwicklung im deutschen Proletariat ist nicht der Abfall einiger in die Arme geführter Stadtverordnete von der KPD, wohl aber der Uebertritt ganzer Arbeiterbezirke zur KPD charakteristisch. Der Danziger Fall zeigt

erneut, daß sich immer mehr die Erkenntnis unter den Arbeitern über die konterrevolutionäre und arbeitserfeindliche Rolle der sozialdemokratischen Führerschaft durchsetzt.

Ein neuer Hunner-Erlass

Berlin, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie der Vormärts meldet, besteht in den Kreisen der Bürgerblockregierung die Absicht, neue Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums an die Schlichter herauszugeben mit dem Zweck, Lohn erhöhungen bei allen Wirtschaftskämpfen abzuwehren.

Ein zweites Opfer der Phosgen-Bomben

Offenbach, 6. Okt. (Telunion.)

Die gestrigen Phosgen-Vergiftungen im Betriebe der IG-Farbenindustrie haben noch ein zweites Opfer gefordert. Der unter schweren Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingelieferte Chemiker ist heute ebenfalls gestorben.

Neuwahlen in Braunschweig

Braunschweig, 7. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Sonntag in Braunschweig beschlich seltsam. Bis am 26. November auszusetzen, und jetzt Neuwahlen für den 27. November an.

Der Marsch auf Peking

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie aus London berichtet wird, geht der Vormarsch der Truppen Fengshang und des Gouverneurs der Provinz Tschangtschi gegen Tschangtschi immer rascher vor sich, und wird die Lage Tschangtschis immer bedrohlicher. Laut einer 120 Kilometer südlich Peking, ist bereits gefallen. Eine kurze Fremdenmacht von Peking nach Tientsin hat einzieht, da man mit der japanischen Flotte Peking durch die Südröhren rechnen. Nach Aussagen aus Tientsin trägt sich die japanische Regierung hier Truppenbewegungen nach Tientsin, um die japanischen Interessen zu schützen.

Die Helldt-Regierung und das Reichsschulgesetz

P.B. Dresden, am 5. Oktober 1927.

Der sächsische Landtag hat mit Hilfe seiner Bürgerblockmehrheit abgelehnt, zum Reichsschulgesetz Stellung zu nehmen. Die Bürgerblockparteien wollen die Demasierung ihrer reaktionären Stellung in der Schulfrage weit hinauschieben. Am liebsten wäre es ihnen, wenn der Landtag zum Reichsschulgesetz überhaupt erst nach dessen Verabschiedung Stellung nehmen würde. Das ist die alte Methode der Helldt-Regierung und ihrer Parteien.

Zur Verschleppungstaktik der Bürgerblockparteien kommt jedoch noch ein anderer Faktor hinzu. Die Helldt-Regierung ist in ihrer Stellung zum Reichsschulgesetz natürlich einmütig der Meinung, daß die Schule als ein Instrument zur Unterdrückung der arbeitenden Klasse benutzt werden soll. Aber in der Durchführung der reaktionären Schulpolitik mit Hilfe des Reichsschulgesetzes gehen die Auffassungen in der Helldt-Regierung auseinander. Das hat seine Ursache nicht darin, daß etwa Helldt, Eisner und Apeit grundsätzlich von anderem Holz geschnitten sind, wie Kaiser, Ribba, Kummett und Weber. Keineswegs. Aber der Druck der Anhänger ihrer Parteien ist so stark, daß sich diese Parteien vorerst diesem Druck beugen. Es ist bekannt, daß zum Beispiel der Innenminister Apeit persönlich dem Reichsschulgesetzentwurf zustimmen wollte. Nur durch den Beschluß der demokratischen Partei ist seine Stellung in der sächsischen Regierung beeinflusst worden. Technisch liegen die Dinge bei Helldt und Eisner. Die sächsische Helldt-Regierung wird für das Reichsschulgesetz im Reichsrat stimmen. Die Aufwertungspartei, die Deutschnationalen, die Wirtschaftspartei und die Volkspartei haben sich den Änderungsanträgen des volksparteilichen Kultusministers Kaiser angeschlossen. Diese Änderungsanträge bleiben noch hinter den sächsischen Anträgen der preussischen Regierung zurück.

Die Stellung der sächsischen Regierung zur Schulfrage ist ein neues Beispiel dafür, wie sich eine kleine Clique von kapitalistischen Politikern im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der sächsischen Bevölkerung befindet.